

nicht die Rede gewesen. Erst in der Sitzung des Vollzugsausschusses habe Senator Dr. Klouda erklärt, daß vom parteipolitischen Standpunkt in dem Vorgehen der Verbensky-Gruppe Niedrigkeit zu erblicken sei. Auf diese Weise sei dann der Bassas von der Unehrenhaftigkeit in die Entscheidung des Vollzugsausschusses gekommen. Der Nevers sei faktisch eine bloße Formalität, da ihn beispielsweise Dr. Verbensky und Frau Londa-Stich erst einige Wochen nach der Wahl unterschrieben haben, obwohl es im Revers heißt: „für den Fall der Wahl“. Die Mandate der ausgeschlossenen Gruppe sind auch in Wirklichkeit die Mandate der verbleibenden anarcho-syndikalistischen Gruppe, wofür Dr. Bartosel Beweise erbringen könne. Dr. Verbensky und Genossen haben sich gegen die Oligarchie im Parlamente, die unter den Koalitionsparteien herrscht, gewehrt und mühten daher aus der Partei ausgeschlossen werden. Daß sie nicht allein stehen, dafür zeugen die Rundgebungen von 116 Organisationen. Zum Schluß seiner Ausführungen verwies Dr. Bartosel darauf, daß schon zu wiederholtenmalen selbst Koalitionsparteien an Oppositionsparteien herangetreten sind, um deren Unterschriften für Anträge zu gewinnen. Es könne daher in dem Vorgehen der Verbensky-Gruppe, die für ihre Änderungsanträge zum Schutzgesetz sich Unterschriften gesammelt hat, nichts Unehrenhaftes liegen. Dr. Bartosel beantragt dann, das Wahlgericht möge die Verhandlung vertagen, bis eine Reihe der von ihm gestellten Anträge erledigt sei. Unter anderem verlange er auch die Vertagung einer ganzen Reihe von Zeugen.

Nach der Rede Dr. Bartosels vertagte der Vorsitzende die Verhandlung auf halb 3 Uhr nachmittags.

Nachmittagsverhandlung
ergriff zuerst

Abg. Dr. Verbensky
das Wort und wies darauf hin, daß bei den Verhandlungen im März und April des Jahres 1918, als die heutige tschechoslowakische sozialistische Partei aus dem Zusammenschluß von vier Parteien geschaffen wurde, das Programm der Anarcho-Kommunisten, das im Jahre 1914 bereits bestand, zum Kernpunkte des heute noch bestehenden Parteiprogrammes der tschechoslowakischen sozialistischen Partei gemacht wurde. Die Anarcho-Kommunisten waren die einzige Partei, die bereits das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und Slowaken und die Schaffung eines unabhängigen tschechoslowakischen Staates verlangt haben. Dieses Programm halten wir bis heute aufrecht. Wir haben gegen das Schutzgesetz Stellung genommen in Konsequenz des Parteiprogrammes, welches von seinen Vertretern verlangt, jede Veränderung der Basis des Staates, wie sie von der revolutionären Nationalversammlung beschlossen worden war, hintanzuhalten. Nach unserer Ansicht verändern die Auswirkungen des Schutzgesetzes die Basis des Staates.

Der Vollzugsausschuß hat die Verbensky-Gruppe aus der Partei ausgeschlossen, nicht aber die Masse, denn die Verbensky-Gruppe hat heute nach einhelligem Beschluß der Mitglieder bereits 15.000 eingeschriebene Mitglieder. Weil die Ausschließung sich nicht der Diktatur der Exponenten der Basis haben beugen wollen, wurden sie aus der Partei ausgeschlossen.

Nach Dr. Verbensky, dessen Rede auf das Auditorium einen großen Eindruck machte, sprachen noch **Franz Abg. Londa-Stich** und **Abg. Draxl**.

Aus den Reden der beiden wären besonders jene Stellen der Rede des Abg. Draxl hervorzuheben, in denen er Einsprüche aus dem Willen des Mißtrauens der Abgeordneten der tschechoslowakischen sozialistischen Partei brachte.

Abg. Draxl erklärte unter anderem, daß dem Klub niemals ein Gesetz, welches im Plenum beraten werden sollte, vorgelegt oder vorgelesen wurde.

Auf die Ausführungen der vier ausgeschlossenen Abgeordneten erwiderte in einem Schlusswort Dr. Kozel, der sich gegen die Anträge Dr. Bartosels stellte.

Er erwidert: Dr. Bartosel, der noch einmal alle Einwände kurz zusammenfaßte und am Schlusse seiner Ausführungen zu Dr. Kozel ironisch bemerkte:

„Wenn auch die Führer der tschechoslowakischen sozialistischen Partei von einem tschechoslowakischen Staate nichts gewollt haben, wir wußten, daß die tschechoslowakische Republik kommen wird und haben immer schon für sie gekämpft.“

Die Entscheidung des Wahlgerichtes.

Nach zweistündiger Beratung verläßt der Präsident Pantuzel die Entscheidung des Wahlgerichtshofes.

Alle vier Abgeordneten — **Doktor Verbensky, Dr. Bartosel, Draxl** und **Frau Londa-Stich** — werden ihrer Mandate verlustig erklärt und gleichzeitig werden **Mikuláš, Zavorstky, Jezek** und **Frau Podzimel** als ihre Nachfolger bestimmt.

In der Urteilsbegründung wird hervorgehoben: Die vier angeklagten Abgeordneten wurden auf die Liste der tschechoslowakischen Sozialisten gewählt. Sie unterfertigten nach der Wahl einen Revers, in dem sie sich verpflichteten, nach dem Programm und dem Organisationsstatut der Partei zu handeln und im Falle des Zuwiderhandelns auf Verlangen des Parteiausschusses ihre Mandate niederzulegen. Nun wurden die vier Abgeordneten tatsächlich ausgeschlossen und kamen der Aufforderung, das Mandat niederzulegen, nicht nach. Bei dem hier geltenden System der gebundenen Kandidatenlisten werden nicht die Abgeordneten, sondern eigentlich die Parteien gewählt. Es ist Sache der einzelnen Parteien, welche Abgeordneten sie im Hause haben wollen. Die Unter-

zeichnung des Reverses sei ein bedingungsweiser Verzicht auf die Mandate gewesen. Darin, daß die vier Abgeordneten sich an dieses gegebene Wort nicht hielten, bestünde die unehrenhafte Handlung. Auf den zweiten Punkt der Beschluldigung einzugehen, sei überflüssig, da schon der erste stichhältig sei.

Nach der Verkündung der Entscheidung des Wahlgerichtes erklärte Dr. Verbensky, daß durch diese Erkenntnis die Verfassung verletzt

Rußland verhängt den Wirtschafts-Boycott über die Schweiz.

Abbruch aller geschäftlichen Beziehungen.

Moskau, 22. Juni. Der Rat der russischen Volkskommissäre hat nach einer Meldung der russischen Telegraphenagentur im Zusammenhang mit den nach der Ermordung W. Orwolski entstandenen Gegensätzen beschlossen, über die Schweiz den wirtschaftlichen Boykott zu verhängen. Schweizer Bürgern, die nicht einer werktätigen Klasse angehören, soll die Einreise nach Sowjetrußland verweigert werden. Die Kommission für Außenhandel soll angewiesen werden, keine Handelsbeziehungen mit Schweizer Firmen anzuknüpfen und die mit Schweizern getroffenen Abmachungen nicht zu bestätigen. Die in der Schweiz befindlichen Vertreter russischer Handelsfirmen sollen abberufen und alle geschäftlichen Verhandlungen russischer Firmen mit der Schweiz abgebrochen werden. Schließlich sollen keine Verhandlungen über Konzessionen mit Schweizer Firmen oder Personen schweizerischer Staatsangehörigkeit stattfinden. Der Boykottbeschuß ist dem Präsidium des allrussischen Zentralausschusses zur Genehmigung vorgelegt worden. Die ukrainische und georgische Regierung wird sich vermutlich dem über die Schweiz verhängten Wirtschaftsboykott anschließen und ihre ausländischen Vertreter anweisen, die hierzu erforderlichen Maßnahmen durchzuführen. Schon vor diesem Beschuß der Volkskommissäre hat das Komitee der Moskauer landwirtschaftlichen Ausstellung Schweizer Firmen das Recht, sich an der Ausstellung zu beteiligen, nicht eingeräumt.

Frankreichs Zugeständnisse.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Der „Sozialdemokratische Parlamentarierklub“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß Frankreich für die Aufgabe des passiven Widerstandes folgende Zugeständnisse machen dürfte: Die Besatzungstruppen werden auf 15.000 Mann reduziert, die zur Bewachung der technischen Kommission dienen. Die Verhafteten werden freigelassen und die Ausgewiesenen zurückgeführt. Es soll eine Kohlensteuerklasse errichtet werden und ihre Gebirge als

Abschlagszahlung der Reparationen an Frankreich fallen. Zur Sicherung des neu geschaffenen Zustandes soll ein militärisches Schutz- und Truppbündnis zwischen Frankreich und Belgien geschaffen werden. Die endgültige Räumung erfolgt nach Maßgabe der Zahlungen.

Diese Bedingungen würden doch gewisse Zugeständnisse bedeuten, wenn sie auch die Zustände vor dem ersten Jänner aufrechterhalten möchten.

Wieder ein Mord. — Verschärfte Absperrung.

Münster (Westfalen), 21. Juni. (Wolff.) In der Nähe des Flusses Lippe im Amtsbezirk Warf sind heute früh, angeblich bei der Fahrvision, zwei belgische Soldaten erschossen und ein dritter schwer verletzt worden. Die beiden Täter sind entkommen. Ueber Warf ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Eine Reihe von Personen wurden als Geiseln festgenommen.

Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, wird die Passkontrolle im Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiete von Tag zu Tag schärfer gehandhabt. Außer den Strafen sind auch jetzt die bedeutenderen Landwege durchwegs mit Drahtverhauen gesperrt. Auch auf Feldwegen sind Maschinengewehre aufgestellt und in den Wäldern streifen Patrouillen. Wenn jemand bei dem Versuche ertappt wird, die Grenze außerhalb der Kontrollpunkte zu überschreiten, wird er von berittenen Truppen verfolgt. Auch Lebensmitteltransporte werden in zunehmendem Maße an der Grenze festgehalten. Die Kontrolle der Fahrwerke wird von Tag zu Tag strenger. Selbst Wagen mit kleinen Mengen Kohlen werden beschlagnahmt. In Essen ist auch heute früh von auswärts keine Milch eingetroffen.

Salentreuher — Totschläger.

Berlin, 22. Juni. Nach einer Meldung des „Tagblatt“ aus München ist der Vorstand der Münchener Handelskammer, Kommerzienrat Sigmund Frankel, beim Aussteigen aus der Straßenbahn von Antisemiten überfallen worden, die ihn mit einem Totschläger auf den Kopf schlugen, bis er blutüberströmt und bewußtlos zusammenbrach. Einige der Täter konnten von der Polizei bereits festgestellt werden.

Eine sozialdemokratische Forderung erfüllt.

Berlin, 21. Juni. (Eigenbericht.) Der Steuer-ausschuß des Reichstages hat beschlossen, die Vorauszahlungen der Erwerbsteuer auf das 25 fache und der Körperschaftsteuer auf das 35 fache zu erhöhen.

Die Maßnahmen zur Rettung der Mark.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Auf Grund der Ergebnisse der Besprechungen mit den Wirtschaftsvertretern über die Frage der Marktstützung wird der Reichswirtschaftsminister ein Memorandum bei der Reichsregierung vorlegen, das den geplanten Maßnahmen ihre endgültige Gestalt geben wird. Es handelt sich um eine Reihe von Eingriffen in den Devisenhandel, die folgendermaßen zusammengefaßt werden können: Allgemeines Verbot des Handels in Valutaeffekten, Revision der bereits erteilten Devisenhandels-

und gebrochen sei und daß seine Partei für die Wiederaufrichtung der Verfassung kämpfen werde.

Im Auditorium brach bei der Verkündung der Entscheidung ein Sturm von Pfuirufen aus. Der Präsident Pantuzel unternahm nichts gegen diesen Ausbruch der Entrüstung im Publikum, sondern zog es vor, sich eilends zu entfernen.

Das neue Bulgarien.

Ein Epilog zum Sturz Stamboljiskis.

Die Wogen der Aufregung haben sich verlaufen, das Kriegssieber so und so vieler militärischer Heißsporne hat sich gelost, und wo eben noch der Bauer Stamboljiski mit scheinbar unerfütterlicher Macht herrschte, führt nun der bürgerlich gesinnte Jankow die Regierungsgeschäfte. Seine Stellung ist gesichert, Frankreich, England und Italien haben sich mit der Veränderung der Dinge abgefunden, und wenn auch der Belgrader Außenminister Rintschitsch jetzt und in den nächsten Wochen derart maßlos „beschäftigt“ ist, daß er nicht einmal des neuen bulgarischen Geschäftsträgers Rintschew Antrittsbesuch entgegenzunehmen Zeit findet, so wird doch er und werden die anderen Staaten der Kleinen Entente die Anerkennung des neuen Regimes nicht dauernd verweigern können, wo die „Große“ Schwester sie so vorbehaltlos gewährt hat. Darum wäre es aber doch kurzfristig, die inner- und außenpolitische Bedeutung der Vorgänge in Bulgarien, mag sich auch der hysterische Lärm der ersten Augenblicke beruhigt haben, irgend wie zu untersuchen.

Stamboljiskis Bild schwankt je nach der Beleuchtung, in die es die verschiedenen Schilderer gestellt haben, zwischen hell und dunkel und nur eines lassen sämtliche Biographen gelten, daß er ein kraftvoller und rücksichtslos seine Ziele verfolgender Mann war. Und manches dieser Ziele sichert ihm auch gewiß beträchtliche Sympathien. Sein Kampf gegen den Eintritt Bulgariens in den Weltkrieg verdient um des energischen pazifistischen Willens und um der Kühnheit willen, mit welcher er ihn geführt hat, ehrliebe Anerkennung und auch nach dem Zusammenbruch der imperialistischen Politik Ferdinands zeigte er sich in selbener Weise vom Gifte des Nationalismus frei, wenn er allen großbulgarischen Träumen bewußt entsagte, jeden Anspruch auf Mazedonien fallen ließ und durch Vereinigung der Gegenseite auf dem Balkan dem übrigen Europa die Gelegenheit nahm, seine Hände immer wieder am Feuer der Balkanstreitigkeiten zu entzünden. Für eine gewisse soziale Einsicht des Mannes zeugte sein Kampf gegen den Großgrundbesitz und die Ueberzeugung, daß die Kraft der Agrarwirtschaft eines Landes im kleinen und mittleren Bauer liege, ja selbst manches halb sozialistische Glaubensbekenntnis konnte man aus seinem Munde hören.

Kann man also Stamboljiski die eine oder andere gute Absicht zubilligen, so muß man desto entschiedener die Methoden verurteilen, mit welchen er seine Zwecke zu erreichen suchte. Gewiß macht die arge kulturelle Rückständigkeit eines Großteils der Bewohner manches entschuldbar, was westlichen Anschauungen schlechterdings unfaßbar erscheint, aber darum widersprach doch die rücksichtslose, ja grausame Unterdrückung der mazedonischen Autonomiebewegung allzu kraß der Idee des Selbstbestimmungsrechtes. Das Wahlsystem, durch welches er sich und den Seinen die Macht zu sichern suchte, kommt auf ein Paar dem schamlosesten Wahlrecht voraus gleich, die Verfolgung und Einkerkelung gegnerischer Parteiführer, die brutale Niederwerfung des Eisenbahnerstreiks von 1920, die Lahmlegung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, die Anebelung der Sozialdemokratie und des oppositionellen Bürgerblocks, Beamtenkorruption, Verschwendung zu persönlichen Zwecken — das alles sind Schuldposten, die das Konto des „Diktators“ schwer und unfähbar belasten. Umso mehr, wenn diesem gegen Parteien und Individuen gerichteten Terror keine Erfolge gegenüberstehen außer dem einen des leidlichen Einvernehmens mit den Nachbarn, wenn die Wirtschaft immer mehr verfiel und auf der gesamten Bevölkerung, selbst auf den von Stamboljiski geförderten Bauern, der bleierne Druck völliger Unfreiheit lag.

Ein Tyrann ist gefallen, und wie der Genosse P. Djidroff (Sofia) ausführte, war sein Sturz „für das Land eine Lebensnotwendigkeit“. Deshalb dem Regime Jankow Loblieder zu singen, liegt kein Anlaß vor. Der Offiziersputsch, der es heraufführte, sichert dem Militär ein gefährliches Uebergewicht, wenn es auch wahr bleiben mag, daß Stamboljiski auf anderem Weg nicht beseitigt werden konnte, und wenn sich deshalb auch die bulgarischen Genossen mit der Vertreibung des Teufels durch Belzebub zur Not abgefunden haben. Daß Sozialdemokraten ins neue Ministerium eintreten, wird überdies ein Abschwanken auf die Bahn Mussolinis verhindern. Nichtsdestoweniger werden wohl alle Nationalisten die Morgenröte ihres Tages schon am Himmel aufsteigen sehen und die bulgarischen Banden sich zu größerer Rührigkeit ermuntert fühlen — lauter Erwägungen, die einen Balkanrenner vom Range Hermann Wendels zu der Befürchtung veranlaßt haben, daß der faschistische Ring Bayern—Ungarn—Italien um ein neues Glied vermehrt werden sei. Die ersten Rundgebungen der neuen Regierung bestätigen diese Charakteristika nicht, betonen vielmehr, daß Bulgarien alle Friedensverträge und nachbarlichen Vereinbarungen streng einhalten werde und nach innen und außen die Gewaltmethoden des letzten Diktators vermeiden wolle. Daß sie zugleich diesen Diktator durch einen derart peinlichen „Zufall“ haben sterben lassen, zeigt freilich die gegenwärtigen Machthaber mit den speziellen „Eigentümlichkeiten“ des Balkans ziemlich vertraut. Man begreift deshalb, wenn sich in Belgrad eine gewisse Nervosität merkbar macht, zur Entrüstung haben auch die Südslaven keinen Anlaß, die bürgerlichen Politiker Europas schreien jetzt nirgends vor Gewalttaten schlimmerer Sorte zurück. Solange sich diese auf das eigene Land erstrecken, haben die Bewohner selbst mit den Uebelrättern

bescheinigungen und unter Umständen Wiedereinsetzung einer größeren Anzahl, Einschränkung der zum Devisenhandel zugelassenen Banken auf 10 bis 15 Prozent, Verbot des vor- und nachbörlichen Devisenhandels, Zulassung lediglich einer Einheitsnotierung in der amtlichen Börsezeit. Eine neue Stützungsaktion der Mark soll mit der Herausgabe der neuen Devisenverordnungen einsehen. Der Plan einer Goldanleihe ist noch nicht über das Stadium der Erörterungen hinausgediehen.

Begnadigungsgeld der Gewerkschaften für Goerges.

Amsterdam, 20. Juni. (N. O. B.) Der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben an den Internationalen Gewerkschaftsbund, Amsterdam, folgendes Telegramm gerichtet: „Goerges, Mannheim, Angestellter der badischen Anilin- und Sodafabrik, Ludwigschafen, vom französischen Kriegsgericht, Mainz, wegen angeblicher Sabotageakte zum Tode verurteilt. Urteil stütze sich auf ein Geständnis Goerges, das in achtstündigem Verhör unter fürchterlichen Mißhandlungen von Goerges erpreßt wurde. Entlastungszeugen über Alibi wurden nicht gehört. Interventiert in Frankreich gegen Vollstreckung des Todesurteils.“ — Auch Regierungspräsident Gen. Grüner hat eine Begnadigungsaktion eingeleitet.

Freigabe der Lebensmittellieferungen ins Ruhrland.

Eberfeld, 22. Juni. Vom 21. Juni ab ist die Aufgabe von Lebensmittellieferungen nach allen Stationen des Ruhrgebietes ohne jede Einschränkung freigegeben. Soweit Lebensmittellieferungen für die stillgelegten oder nicht mehr erreichbaren Bahnhöfe des Bezirkes Essen bestimmt sind, werden sie den von der Eisenbahnverwaltung bestimmten Ersatzbahnhöfen zugestellt und von dort mit anderen Beförderungsmitteln ihrem Bestimmungsorte zugeführt.

Die deutschen Gewerkschaften für festen Grundlohn und bewegliche Zulagen.

Berlin, 22. Juni. (Eigenbericht.) Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften haben sich heute in der Frage der wertbeständigen Einkommen dahin entschieden, daß ein fester Grundlohn geschaffen werden soll, zu dem bewegliche Zulagen hinzukommen. Sonnabend wird sich der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft mit der Frage befassen.

Ein Wahllieg der Labour Party.

London, 22. Juni. (Gavas.) Bei den Erwahlungen in Morpeth wurde der Vertreter der Arbeiterpartei Robert Smilie mit einer Stimmenmehrheit von 686 Stimmen gegen den liberalen Kandidaten gewählt.

abzurechnen, das angemaßte Recht der Nachbarn, sich in innere Angelegenheiten eines Staates einzumengen, mit einem Zustand nervöser Unsicherheit und heimlichen Kriegsfiebers erzeugen.

In der Rede, welche Außenminister Nintschitsch über die bulgarischen Vorgänge hielt, stellte er sich antwortlich und öffentlich auf diesen Standpunkt, die Behauptung der Opposition, man hätte „eingreifen“ müssen, lehnte er als verwerfliche „österreichische“ Theorie des Präventivkrieges ab. Diese Ausführungen klangen sehr hübsch und überzeugend, ganz vom Herzen dürften sie aber Herrn Nintschitsch nicht gekommen sein. Wenn er vielmehr so maßvolle Töne anschlug, so nötigte ihn dazu vermutlich die bittere Enttäufung, die ihm das Verhalten des Prager und des Bukarester Bundesgenossen bereitet hat. Wenigstens ergehen sich die Belgrader Blätter in heftigen Angriffen gegen Rumänien und die Tschechoslowakei, die den südslawischen Protest nicht energisch genug unterstützt hätten, was aber will es scheinen, daß man in Prag schon des Guten viel zu viel getan hat. Der hitzige Eifer, mit welchem sich das tschechische Preßbüro in den Dienst des Generalen Daslavak und dessen familiäre Tendenzen von Bauernrevolte und Bauerheeren unbefehlet verbreitet hat, stellte für den objektiven Beobachter eine ganz unzulässige, den Frieden bedrohende Propaganda dar, und wenn nun die serbischen Nationalisten zum Dank dafür von einem „Bruch der Bündnistreue“ und ähnlichen Verbrechen reden, so zeugt das nur dafür, wie verwerflich und gefahrenschwierig die ganze Bundespolitik der Gegenwart ist. Weit entfernt davon, einen Schutzwall gegen Ueberfälle zu bilden, stärken die Bündnisse den Militarismus aller Länder den Rücken und ermutigen sie zu einer aggressiven, ja provokatorischen Politik: Prag und Bukarest waren für die Belgrader Heer Posten im Reichserempel „Krieg mit Bulgarien“, trotzdem der Sozialer Unsturz die Interessen der Tschechen und Rumänen in keinem Punkte berührte. Derartige Erwägungen dürfen nicht Müll und Ziel der Kleinen Elemente bleiben, als Sturmholz für Voincares Ruhr- und Nintschitschs Mazedonienpolitik sind uns unsere Arbeiter und ist uns die gesamte Bevölkerung dieses Landes nicht feil. Ob mit Stambuljoff ein Tyrann oder ein Reformator fiel, diese Frage kann Gegenstand unseres Studiums sein, die außenpolitische Haltung der Tschechoslowakei darf für, weil sie eben nur Bulgarien angeht, mit keinem Hauch beeinflusst.

Inland.

Wie die deutschen Sozialdemokraten den internationalen Sozialistenkongress informierten.

Unter diesem Titel hat vor einigen Tagen das „Bravo Lidu“ seinen Lesern eine Sensation vorgefetzt, deren Inhalt in der Behauptung bestand, die Denkschrift der deutschen Sozialdemokraten an den Internationalen Sozialistenkongress hätte eine „grobe Fälschung“ enthalten. Es lohnt sich, auf diese Behauptung des „Bravo Lidu“ zurückzukommen, damit gezeigt werde, wie dieses Blatt seine Anklagen gegen die deutschen Sozialdemokraten schmiedet. Das „Bravo Lidu“ behauptet also, die deutschen Sozialdemokraten hätten in der Denkschrift ein Zitat aus der Erklärung, die von den tschechischen sozialdemokratischen Vertretern auf der Berner Sozialistenkonferenz abgegeben wurde, gefälscht, wodurch künstlich die Vorstellung erweckt worden sei, die tschechischen Sozialdemokraten hätten gegenüber den Deutschen in der Tschechoslowakei damals eine andere Stellung eingenommen, als später. Und das „Bravo Lidu“ behauptet, das Zitat sei aus dem Text der tschechischen Erklärung in Bern herausgerissen und dadurch in seinem Sinne „grob verfälscht“ worden. Die tschechische Raffiniertheit der deutschen Sozialdemokraten sucht nun das „Bravo Lidu“ wie folgt nachzuweisen. In der Denkschrift wird als Beweis, daß die tschechischen Sozialdemokraten damals in bezug auf ihre Stellung zur nationalen Frage eine „beruhigende Erklärung“ abgaben, folgende Stelle aus der Erklärung zitiert:

„... Für beide Nationalitäten in der tschechoslowakischen Republik — und vor allem für die künftigen Kämpfe — in den proletarischen Schichten wäre es am vorteilhaftesten, wenn sich die Zubeutenden ausprechen würden.“

In Wirklichkeit habe dieser Absatz, wie das „Bravo Lidu“ sagt, gelautes:

„Wir können nicht zulassen, daß das sogenannte Sudetenland an Deutschland übergeben und damit an Deutschland angeschlossen werde. Für beide Nationalitäten in der Tschechoslowakischen Republik — und vor allem für die künftigen Kämpfe — in den proletarischen Schichten wäre es am vorteilhaftesten, wenn sich die Zubeutenden ausprechen würden für das gemeinsame Leben im einheitlichen Staatsgebilde.“

In der Denkschrift ist tatsächlich der Satz nicht vollständig zitiert, wie übrigens schon aus dem am Beginn des Satzes eingefügten Punkten zu ersehen ist, aber es ist unerhört und stellt vielmehr eine Fälschung des „Bravo Lidu“ dar, wenn es behauptet, diese Weglassung wäre zu Fälschungszwecken beabsichtigt gewesen. Gehen wir der Sache nach! In unserer Denkschrift war behauptet worden, die tschechischen Sozialdemokraten hätten, bevor sie „ihren Posten an der Seite ihrer imperialistischen Bourgeoisie bezogen“, in Bern eine beruhigende Erklärung abgegeben, während es später für sie „offenbar Pflichten

der Internationalität nicht mehr gab.“ Die Richtigkeit dieser Behauptung wäre den Lesern des „Bravo Lidu“ sichtbar geworden, wenn dieses Blatt das volle in der Denkschrift enthaltene Zitat aus der Berner Erklärung der tschechischen Sozialdemokraten angeführt hätte. In diesem Zitat heißt es nämlich weiter:

„Die Befürchtungen vor einer Vergewaltigung sind unbegründet (...). Die tschechoslowakischen sozialistischen Parteien verbürgen den Deutschen volle und gleiche Staatsbürgerrechte, politische und sprachliche Entwicklungsfreiheit (...). Sie sind gewillt, mit dem deutschen Proletariat zusammenzuarbeiten, um die tschechoslowakische Republik zu einer modernen Institution auszugestalten, in welcher jede Nationalität über ihre speziellen Angelegenheiten selbst entscheiden wird.“

Diese Sätze und nicht der vorhergehende vom „Bravo Lidu“ zitierte Satz sind das Entscheidende in der von der Denkschrift unternommenen Beweisführung, daß in der Haltung der tschechischen Sozialdemokraten eine Wandlung zugunsten der Ideologie der tschechischen Bourgeoisie vor sich gegangen ist! Was in der Denkschrift bewiesen werden wollte, daß sich die Genossen Běhmý, Šampý, Růmce, Tagerle und Herr Dr. Krůse in Bern, also schon nach Konstituierung des tschechischen Staates für eine Zusammenarbeit mit den deutschen Proletariern und für eine solche Umgestaltung der Tschechoslowakischen Republik ausgesprochen haben, daß in ihr „jede Nationalität über ihre speziellen Angelegenheiten selbst entscheiden“ wird, das ist durch das obangeführte Zitat auch reichlich bewiesen, ebenso wie durch die spätere Politik der tschechischen Sozialdemokraten der Nachweis der Behauptung der Denkschrift erbracht ist, daß die tschechischen Sozialdemokraten seither „Pflichten der Internationalität“ nicht mehr anerkannt. Es ist also der Versuch des „Bravo Lidu“, unsere Partei bei einer „Fälschung“ zu erwischen, völlig mißglückt. Dagegen mag es schon sein, daß der Jued der Darstellung des „Bravo Lidu“, die tschechischen Arbeiter irreführen, zu verwirren und gegen die deutschen Sozialdemokraten zu verhetzen, durch die Reiz des „Bravo Lidu“ erreicht wurde. Aber vielleicht findet sich bei den tschechischen Sozialdemokraten doch noch jemand, der sich der traurigen Reithoden des „Bravo Lidu“ schämt.

Zur Einberufung des Abgeordnetenhauses schreibt das „Bravo Lidu“ an leitender Stelle: „Wie bekannt, wurde zwischen den tschechischen Parteien ein langer und heftiger Kampf um die Novellierung der Vermögensabgabe und um die Sozialversicherung geführt. Die Regierung wird diese beiden Vorlagen dem Abgeordnetenhause an einem Tage vorlegen, welches sie den Ausschüssen zuweisen wird, damit diese über die Vorlagen während der Sommerferien verhandeln, und deren glatte Erledigung in der Oktobersession des Parlamentes vorbereiten. Man hält dafür, daß beide Vorlagen noch vor der Verhandlung des Budgets erledigt werden. Die Junisession wird eine kurze sein. Am ersten Tag werden aus formellen Gründen zwei Sitzungen abgehalten, um dem Ausschusse das Krankenversicherungsgesetz zuweisen.“ Aus diesen Zeilen des „Bravo Lidu“ geht hervor, daß es den tschechischen Agrariern tatsächlich gelungen ist, das Einkommen zwischen Vermögensabgabe und Sozialversicherung herzustellen. Andererseits ist ersichtlich, daß in der Koalition über diese Vorlagen keine definitive Einigung erzielt wurde, wofür ersichtlich die kurze Junisession spricht und zweitens der Zustand, daß erst die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses die glatte Erledigung der Vorlagen vorbereiten sollen. Bisher hat sich die Koalition in ihren Präzedenzfällen über jede Vorlage genau geeinigt und sie erst dann dem Hause vorgelegt. Die Koalition hat sich also wieder einmal dahin geeinigt, daß sie sich später einigen wird. Das Spiel, das schon monatelang getrieben wird, soll solange als möglich fortgesetzt werden. Das ist der Sinn der Koalitionsbeschlüsse von vorgestern. — Die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses umfaßt die Fristverlängerung für die Verabschiedung verschiedener Gesetzesvorlagen durch den Senat, die zweite Lesung des Gesetzes über die Gebührenerleichterungen für das Jahr 1923, die Munizipalangelegenheiten der Abgeordneten Bobek, Kůřiv, Borovský und Šollých, sowie die Wahl eines Beisitzenden des Wahlgerichtshofes für den verstorbenen Dr. Arthur Šteblý.

Gegen das Klima-Regime. Die tschechischen Nationalsozialisten veranstalteten am gestrigen Tage in Kaschau Protestkundgebungen gegen den letzten Streich des Polizeikommissars Klima. Es fand unter anderem auch eine Versammlung statt, in der Redakteur Wůnsch das Regime des Kaschauer Polizeidirektors einer vernichtenden Kritik unterwarf. Er verurteilte das ungerechtfertigte Vorgehen Klimas und seiner Helfer aus den Reihen der Bürokratie gegen Schlander und erinnerte an die Tätigkeit Klimas zumeist des alten Oesterreich. Nach dieser Rede wurde eine Resolution angenommen, in der gegen die absolutistische Herrschaft Klimas in Kaschau Protest eingelegt wird. Dieser selbst hatte umfassende Vorschläge gegen die Nationalsozialisten getroffen. In den Kasernen war das Militär konsigniert und auf den Straßen standen Polizeikordons. So demonstrierte also wiederum der Kaschauer Polizeidirektor

Telegramme.

Die österreichische Wahlreform.

Wien, 22. Juni. Der Kompromiß über die Wahlreform ist heute perfekt geworden. Die Mehrheitsparteien haben einen neuen Entwurf des Wahlgesetzes ausgearbeitet, der von der Festlegung der Wahlpflicht absieht und auch in der Frage der Reklamationsverfahren den sozialdemokratischen Wünschen entgegenkommt. Die Mandatzahl wird auf 165 herabgesetzt, so daß bei 6.158.146 Bundesbürgern in Oesterreich auf je 37.000 ein Mandat entfällt. Die Wahl soll entsprechend den Vorschlägen des Regierungsentwurfes in zwei Ermittlungsverfahren: zuerst in den Wahlkreisen, dann in den Wahlkreisverbänden erfolgen. An der gebundenen Liste wird weiter festgehalten.

Die Bundesangestellten-Bewegung.

Wien, 22. Juni. (Eigenbericht.) Die dem Reichsverband der Angestellten angehörenden Beamten haben heute mit der passiven Resistenz begonnen. Die gewerkschaftlich organisierten Beamten haben sich für die parlamentarische Regelung entschieden und sich bereits mit den sozialdemokratischen Nationalräten über die Führung des Kampfes beraten.

Polens Außenpolitik.

Warschau, 22. Juni. (Sch. P. B.) In Besprechung des gestrigen Exposee des Außenministers Szcha in der Sitzung des Außenausschusses des Sejm unterzeichneten die Blätter die kategorische Erklärung des Außenministers, daß die polnische Regierung entschlossen sei, gegenüber allen in ihren Nachbarn weiterhin die Friedenspolitik fortzusetzen. Die Gerüchte über angebliche aggressive polnische Pläne gegen Rußland und Danzig zu durchbrechen jeder Grundlage. Was das Verhältnis zu Deutschland anbelangt, erklärte der Minister, daß die Weiterführung des polnisch-deutschen Verhandlungen in Dresden der beste Beweis der friedlichen Tendenz Polens gegenüber Deutschland sei. Die polnische Regierung verwarf sich jedoch kategorisch gegen das öffentliche Auftreten der preussischen Minister gegen Polen und dagegen, daß die deutschen Staatsmänner die Rechte Polens auf die ihnen im Versailles Vertrage zugesprochenen Gebiete in Frage stellen. Sämtlich protestiert die polnische Regierung gegen die Ausweisungen polnischer Bürger aus Deutschland.

Auflösung des Rautenschen Hilfswertes.

Moskau, 22. Juni. Wie die russische Telegrammenagentur meldet, ist hier der Vertreter Rautens, Fried, eingetroffen, um die Auflösung des Rautenschen Hilfswertes vorzubereiten. Gleichzeitig wird Fried mit der Sowjetregierung einen Vertrag über landwirtschaftliche Konzessionen abschließen.

Angora gegen die Bolschewiki?

London, 22. Juni. (Havas.) Nach Blättermeldungen aus Angora hat die türkische Regierung beschlossen, alle russischen Bolschewiken anzuzuwiesen, die in Konstantinopel anlässlich sind.

Theunis bildet das neue Kabinett.

Paris, 22. Juni. Die Morgenblätter melden aus Brüssel gleichlautend, daß Theunis heute seine Beratungen beendete und heute abend bekanntgeben werde, daß er in der Lage sei, das neue Ministerium bilden.

Die neue Regierung Lettlands.

Riga, 22. Juni. Das neue lettische Kabinett zeigt folgende Zusammensetzung: Ministerpräsident und Reiches Marschalls, Jumeres Biršneka, Krieg Dudenra (Landwirtpartei), Finanzen Buzga (Sozialdemokrat), Eisenbahnen Paulsk (der bisherige Ministerpräsident), Bildungsweisen Gailits (Landwirtpartei), Justiz Solzman (Sozialdemokrat), Landwirtschaft Bauer (keine Landwirtpartei), öffentliche Arbeiten Klaučins (Sozialdemokrat).

„Landesübliche“ Unruhen in Albanien.

Belgrad, 22. Juni. Die von der albanischen Grenze eintreffenden Nachrichten über blutige Kämpfe zwischen albanischen Regierungstruppen und aufständischen Albanern haben in der hiesigen Öffentlichkeit eine gewisse Verunsicherung hervorgerufen, da man befürchtet, daß die Unruhen in Albanien in einem verhängnisvollen Zusammenhang mit dem Unsturz in Sofia stehen. Besondere Beachtung finden die Vorgänge in Nordalbanien, wo der Kommandant der Regierungstruppen, Brent Jaku, in Kämpfen mit aufständigen Mafiosoren schwer verwundet wurde. In Belgrader Regierungskreisen wird indessen erklärt, daß es sich auch bei den gegenwärtigen Unruhen in Albanien nur um die gewöhnlichen Landesüblichen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Stämmen handelt, denen keine höhere politische Bedeutung beizumessen sei. Vorliegende zuverlässige Meldungen lassen wenigstens nicht erkennen, daß das gegenwärtige Regierungsregime in Albanien sich in einer kritischen Lage befindet.

Der ringende Soldat.

Von Henri Barbusse. Berechtigte Uebersetzung von Johannes Runde.

„Weil ich niemals Glück gehabt habe,“ erklärte der Urauber dem hübschen Mädchen. Und dann lag sichtbar alles. Lange Erfahrung im Unglück hatte die Gestalt zusammengeschrumpft, ausgemergelt, die Augen in ihre Höhlen gepfercht und die Bewegungen gestutzt, als wären es Federn. Nur sein Blick erhellte mit leisem Glanz das matte Gesamtbild, der Ausdruck der Augen, die ein ungeschickter Maler als kleine, zu schwarze Flecke auf gut Glück oben dem fahlen Rund des Gesichts aufgesetzt hatte. Seine Haut, der Stoff der ihn umschlotternden Felduniform sahen beide gleich verwaschen aus. Wie wenn Kinderhände den armen Soldaten aus Würfeln, Zylindern und Pyramiden, die ihre Farbe eingebüßt hatten und schlecht auseinanderpaxten, zusammengesetzt hätten.

„Es gibt Menschen, die dazu geboren sind, keinen Erfolg zu haben.“ Das war alles, was seine Mutter ihm einst als Wort des Abschieds mitgegeben konnte, seine auf dem Sterbebett liegende Mutter, deren Auge sich schloß. Alles, was er unternahm, verfehlte sein Ziel. Tage und Jahre verträdelte er. Das Wenige, was seine Eltern nicht vor ihm verloren hatten, verlor er. Seine Projekte hatten nicht Stand, noch Fuß, wie das Gerüst seines Körpers waren sie ein wirres Durcheinander, das zusammensürzte. Er lebte verschüchtert, abseits, in einem unbrüderlichen Gehäuse des Schweigens. Die Frauen hatten kein Auge für ihn, kaum daß die mildsüßesten seiner auch nur spotteten. Sprach er mit Männern, so sahen sie immer über ihn hinweg.

Dieser Mensch, der niemals glückliche, mußte — natürlich — ins Feld, ohne daß man — ebenso natürlich — irgendein Aufhebens davon machte. Verließ das Dorf nicht mit dem begeisterten Trupp, der sich am Wein der anderen betraufelt hatte, nein, ganz allein eines Abends, um ohne großes Trara irgendein Loch zu stopfen. Wie ein Schatten in marschierender Kolonne war er der anonymste der Soldaten. Er rettete sogar heroisch Kameraden das Leben, aber seine Heldentat blieb unbemerkt, wie alles, was er tat. Jedenfalls aber war er feindlichen Augen und Kriegsgerichten glücklich entgangen.

Und so kehrte er zurück aus dem Gefilde der Menschenopfer — wenigstens für sechs Tage. Während dieser kleinen Zeitspanne veranlaßte der Wille und die Huld Clairinens einen Wechsel der Dinge: ein eigentliches Zusammenreffen von Umständen war schuld, eine ihr fehlerhafte Hoffnung, der Mangel junger Männer in der ganzen Gegend und wirklich auch Sonnenschein, Jugend. Man sah sie auf goldig-grünen Wäldern, sie hielt ihr reizendes Näschen gefenkt, gleich neben dem großen Soldaten einer an der Lunge geführten Jungfrau Maria.

Wie er wieder zur Front ging und zum letztmal die Hand der Zurückbleibenden gedrückt hatte, blieb er noch lange allein in Dunkel und Frische der Dämmerung, sein Gesicht stand in Flammen und sein Herz glühte für lange, vielleicht für immer.

Er lachte laut auf wie ein Bezechter, obwohl er nicht betrunken war. „Was für drollige Verwandlungen gibt es doch!“ — Dieses triumphierende Weggehen, sechs Tage nach dieser mühen, verdrossenen Heimkehr! Jetzt war er der erste, der sich über den anderen lustig machte — über den, der er bisher gewesen war — und über die ungläubliche Anhäufung von Mißgeschick, das auf neuen wiederhagelte.

Der einstufige Reckvogel reifte, um seinen Gefechtsabschnitt wieder zu erreichen, eine Nacht, dann noch einen ganzen Tag. Der endlose Wechsel der Landschaften vermochte ihn nicht seiner fixen Idee, seinen lachenden Gedanken zu entreißen. Sie haften an ihm wie sein Name, und selbst im Gedränge des Wagens oder wenn er ganz regungslos, gebüßig wie ein Gepädstück im Winkel des Wartesaals saß, gab er sich, seine Weisheit schmauchend, diesen Gedanken völlig hin, während den kleinen Kopf der Rauch wie der Dampf eines Kessels unwirbelte.

Die räumliche Entfernung oderte seine Erinnerung. Er schau sich von Clairine eine Vorstellung, die von Stunde zu Stunde immer göttlicher — menschlicher wurde, eine anbetungswürdige und greifbar nahe, die immer mehr Clairinen entsprach.

Er stieg an einem Saltepunkte aus, den der Regen zu einem verschleimten Hafengelände gemacht hatte und setzte sich vergnügt in Marsch. Alles war Leuchten, Fausarenflang in ihm, und stolz wie das Herz eines Dahnes schlug das seinige. Er durchdrang alles mit Leben, das fing mit dem unendlichen Abend an, der ihn umfing, und an der Schwelle dieses die Geheimnisse verbergenden Dunkels gelangte er sogar dahin, die Liebesempfindungen der anderen zu verstehen und zu erleiden.

Man näherte sich der Grenze des bewohnbaren Gebietes. Die Welt war grauig, düster geworden, voller schlummer Anzeichen. Er schlängelte sich längs der glatten Flächen und rechtwinkligen Depots hin, an einem großen Munitionspart vorbei, welchen das Zwielicht umbüßerte; das war eine Stadt mit Auffschichtungen roter und gelber Geschosse und schwarzer Torpedos, welche drohende, von Westen heranpostende Karren in Stunden ohne Sonne und Mondlicht ausgeschüttet hatten. Auch unter der Erde war auf helldarigen Flächen dieser lebendige Tod verhaun.

In etwas weiterer Ferne, aus der tiefen schwarzen Dämmerung, starrte das hohle Auge der großen Kanone über den Rücken der Ebene. (Schluß folgt.)

Tages-Neuigkeiten.

Die Vergebung des Teplitzer Stadttheaters.

Direktoren: Dr. Höllering und Janovsky.

Teplitz, 22. Juni. (Eigenbericht.) Heute entschied nach einem längeren Referate des Stadtverordnetenkollegiums über die Vergebung des neuen Theaters. Das Theater wird in eigener Regie der Stadt geführt werden, wobei der Theaterleitung das spielfertige Theater, Heizung, Beleuchtung und das Kurorchestr zur Verfügung gestellt werden und für ein alljährliches Defizit bis zum Betrage von 120.000 Kronen die Haftung übernommen wird. Den beiden Direktoren wird eine Monatsgage von 7000 Kronen garantiert und an dem Neingewinn oder dem Restbetrag der 120.000 Kronen werden sie prozentuell beteiligt. Es handelt sich also um ein kombiniertes System von Eigenregie und Pacht. Die Direktoren haften mit einer Kaution von 150.000 Kronen für die Einhaltung des Vertrages und ein eventuelles Defizit über 120.000 Kronen. Der Vertrag läuft auf sechs Jahre. Außerdem verpflichten sich die Direktoren, auf Wunsch der Stadt nach zwei Jahren das Theater in Pacht zu übernehmen. Als Direktoren wurden Dr. Franz Höllering und Nikolaj Janovsky gewählt. Die Beschlüsse wurden fast einstimmig gefasst.

Das Elend der Kriegsinvaliden Arbeiter.

Das Proletariat dieses Staates leidet namenloses Elend unter dem Druck der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit, die diese im Gefolge hat. Die Kersten der Armen aber unter den Arbeitern sind jene, die als Opfer des Weltkrieges diesen unter schwerer Schädigung ihrer Gesundheit, ihrer Arbeits- und Erwerbsfähigkeit überlebt haben, und jetzt, da es Hunderttausende erwerbslos und gesund er Arbeiter gibt, doppeltes Elend ertragen müssen. Nur ein Bruchteil von ihnen erhält eine lässliche Invaliditätsrente vom Staate und auch um diese müssen die Kersten gar oft einen harten Kampf führen, wie an folgendem Fall gezeigt werden soll, der danach angeht zu sein scheint, das soziale Gewissen jener wachzurufen, die von staatswegen mit der Invalidenfürsorge betraut sind:

Genosse Heinrich Sch. aus Chodau wartet seit Jahr und Tag auf die Nachzahlung seiner Rente vom 1. Mai 1920 bis 1. Oktober 1922. Im März d. J. sprach er selber beim Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Prag vor, wo man ihm zusagte, daß seine Angelegenheit bald erledigt werden würde. Aber bis jetzt hat sich unser parlamentarischer Klub vergebens bemüht, dem Genossen zu seinem Rechte zu verhelfen. Den intervenierenden Genossen wurde am 11. April der nämliche Bescheid zuteil, daß die Nachzahlung der Rente in den nächsten Tagen erfolgen werde. Genosse Sch. erhielt aber weiterhin keinen Heller. Am 27. April teilte das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge dem Sekretariat des Klubs mit, daß erst eine Revisionsuntersuchung vorgenommen werden müsse, bevor die Auszahlung der Rente erneuert würde. Daraufhin richtete Genosse Sch. am 10. Mai an die Zentralstelle die Bitte, ihm mit Rücksicht auf seine Notlage einen Notvorschuß auszusprechen. Dieses Ansuchen blieb trotz verschiedener Interventionen drei volle Wochen unbeantwortet und erst am 22. Juni wurde den intervenierenden Genossen Mitteilung gemacht, daß die Rentennachzahlung im Ausmaß von 2688 Kronen noch am selben Tage der Liquidaturstelle angewiesen und Genosse Sch. spätestens in 14 Tagen im Besitz des Geldes sein werde. Obwohl dem Genossen Sch., wie erwähnt, schon einmal eine ähnliche bestimmte Zusage gemacht, aber nicht gehalten wurde, wollen wir doch annehmen, daß diesmal kein Verzug mehr eintritt. Selbst dann aber kann es nicht scharf genug kritisiert werden, daß man einen armen Kriegsinvaliden so lange auf die Befriedigung seiner berechtigten Forderung warten läßt. Dem Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge ist es bekannt, daß der Kriegsinvalide Heinrich Sch., der von Gläubigern reden kann, wenn er endlich einmal nach weiteren 14 Tagen seine 2000 Kronen erhält, sich in den allertraurigsten Verhältnissen befindet. Der Genosse, ein Bergarbeiter, hat im Kriege einen Rückensteckschuß erhalten und kann seitdem seinen Beruf nicht mehr ausüben; vom November 1922 bis April d. J. war er völlig arbeitslos, dann fand er für vier Wochen Arbeit und nun ist er wiederum seit Wochen ohne jeden Verdienst. Dazu kommt, daß er seit 14 Tagen wiederum an Lungenentzündung darniederliegt, welches Leiden eine Folge seiner Verletzung ist. In einem seiner Briefe heißt es:

„Natürlich kann ich weder Doktor noch Apotheke haben, weil ich nicht die nötigen Mittel habe, sie zu bezahlen. Von meinen letzten Sachen möchte ich doch nichts mehr verkaufen, da ich ja außer dem Bett, dem Tisch und drei Stühlen nichts mehr habe. Und es wird auch schwer für mich sein, wieder aufzukommen, da ich schon ganz von Kräften gekommen bin und mir auch die Mittel zum Essen fehlen.“

So also lebt Genosse Sch., eines der Millionen bedauernswürdigster Opfer des Weltkrieges, mit Weib und Kind! Die 2000 Kronen, die die auskundschaftenden Rentenbeträge ausmachen, hätten ihn vielleicht, hätte er sie vor Monaten erhalten, wenigstens die schlimmste Zeit wieder

Das ungarische Minoritätenrecht.

Gleichheit vor dem Gesetz. — Zulässig in Gemeinden, bei Gericht, bei Behörden, Gesellschaften u. dgl. — Die Schulpraxis.

Budapest, 21. Juni. (M.A.B.) Die ungarische Regierung hat in der Angelegenheit der Durchführung der im Trianoner Friedensvertrage zum Schutz der Minoritäten übernommenen Verpflichtungen eine Verordnung erlassen, welche folgende Bestimmungen enthält:

Jeder ungarische Staatsbürger ist ohne Unterschied der Rasse, der Sprache oder der Religion vor dem Gesetz gleich und genießt die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte. Aus der Zugehörigkeit zu einer Minorität kann keinem Staatsbürger bei der Erlangung von öffentlichen Stellen, Ämtern, Würden oder bei der Ausübung von verschiedenen Berufen weder ein Vorteil noch ein Nachteil erwachsen. Jeder ungarische Staatsbürger kann seine Muttersprache im Privatverkehr und im Geschäftsleben, bei der Ausübung seiner Religion, in der Presse und bei öffentlichen Ämtern voll benützen. Die Gesetze müssen in amtlicher Uebersetzung auch in den Sprachen der Minoritäten ausgegeben werden. Desgleichen müssen die in einzelnen Gemeinden zu publizierenden Ministerialverordnungen, Statuten und Rundschreibungen außer in der amtlichen Staatssprache auch in der Sprache der betreffenden Gemeinde verkündet werden. Die Protokolle der Generalversammlungen, der Municipien usw. müssen außer in der amtlichen Staatssprache auch in jeder Sprache abgefaßt werden, welche zumindest der fünfte Teil der Mitglieder des Municipalausschusses als Protokollsprache zu benutzen wünscht. In der Generalversammlung darf jedes Mitglied neben der amtlichen Sprache auch seine Muttersprache frei benutzen. Die Municipien benutzen in ihren Zuschriften an das Ministerium und andere Ämter und Behörden die amtliche Staatssprache; sie können auch ihre Protokollsprache benutzen. Die Geschäftssprache der Gemeinde wird von der Gemeindevertretung festgesetzt. In den Gemeindeversammlungen dürfen die Mitglieder neben der amtlichen Staatssprache auch ihre Muttersprache benutzen. Im Verkehr der Gemeinden mit den Ministerien und den Municipien gelten dieselben Bestimmungen wie beim Verkehr der Municipien mit den Ministerien. Der einer sprachlichen Minorität angehörende Staatsbürger kann sich entweder in der Staatssprache oder in seiner Muttersprache an die Behörden wenden. Die auf seine Eingabe erteilte Entscheidung muß neben der Staatssprache auf Wunsch der Partei auch in der Sprache des Eingehers mitgeteilt werden. Die Gemeindebeamten haben in ihrem Verkehr mit den Minoritäten sich deren Muttersprache zu bedienen. Für Bezirksbeamte und Beamte der Municipien besteht diese Verpflichtung nur dann, wenn die betreffende Sprache die Muttersprache von mindestens einem Fünftel der Bewohner dieses Gebietes ist. Wenn der Beamte der betreffenden Sprache nicht mächtig ist, muß ein Dolmetsch verwendet werden.

Die folgenden Paragraphen behandeln die Anwendung der Minoritäten Sprachen im Gerichtsverfahren und räumen den Minoritäten auch hier die weitestgehenden Zugeständnisse ein.

Bezüglich der Schulen bestimmt die Verordnung, daß in jenen Schulen, wo die Zahl der Schulpflichtigen der sprachlichen Minorität vierzig erreicht, die betreffende Sprache gänzlich oder zum Teil als Unterrichtssprache benützt werden muß. Den von den Gemeinden und der Kirche erhaltenen Unterrichtsanstalten mit nicht ungarischer Unterrichtssprache kann das Öffentlichkeitsrecht nicht verlihen werden. Die Regierung

halbwegs überdauern lassen. Man kann sich vorstellen, mit welchem Bangen er und seine Familie auf das Geld warten, das wieder ein wenig Licht in ihr Dasein bringen soll.

Wir hoffen, daß er bald zu seinem Rechte kommt, wir hoffen aber auch, daß das Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge in den vielen tausend anderen Fällen ähnlicher Art, die noch immer der Erledigung harren, sein Tempo etwas beschleunigen wird. Der Betrel, den diese Gesellschaft jenen gibt, die für sie ihre geraden Glieder zu Markte tragen müßten, ist ohnehin nicht der Rede wert. Standalös und empörend aber ist es, wenn man den Verhungerten, Kranken und Verschmachtenden ihr gutes Recht auch nur eine Minute länger als unbedingt nötig vorenthält.

Basas Wählerverzeichnis. Da die Abschrift der Wählerverzeichnis teurer ist, muß sie natürlich auch schlecht sein. Der kommunistischen Lokalorganisation von Krá, welche eine Abschrift des Wählerverzeichnis von Krá erworb, wurde aufstatt dieses Wählerverzeichnis eine Reihe von zusammenhanglosen Papierbogen, die mit Namen von Wählern beschrieben waren, übergeben. Bei der Sichtung dieser Bogen hat es sich gezeigt, daß die Hälfte der Wähler des Buchstaben M fehlt und daß auch der gesamte Schluß dieses gelungenen „Wählerverzeichnis“ unauffindbar ist. Der Skandal mit den Wählerlisten erhält durch diesen Vorfall eine neuerliche Belandung.

Die Landkröte des faschistischen Theoretikers. Die tschechischen Faschisten haben sich zu ihrem

wird dafür Sorge tragen, daß in den Bürger- und Mittelschulen für die einer sprachlichen Minorität angehörenden Schüler Parallellassen aufgestellt werden. Desgleichen wird sie auch dafür sorgen, daß im Interesse der Durchführung dieser Bestimmungen die entsprechenden Lehrkräfte ausgebildet werden. Für die Sprache und Literatur der im Lande lebenden Minoritäten muß an der Universität zumindest ein Lehrstuhl aufrecht erhalten werden. Die einer Minorität angehörenden ungarischen Staatsbürger dürfen zur Förderung der Sprache, der Kunst, Wissenschaft und Kultur Gesellschaften und Vereinigungen bilden und Gelder sammeln. Beamte, die der Sprache der Minorität nicht mächtig sind, haben diese innerhalb zweier Jahre in dem Maße zu erlernen, daß sie den Anforderungen genügen. Die Uebertretung der für die Beamten festgesetzten Normen bei der Benützung der Sprache bildet ein Disziplinarvergehen, welches im Falle der Wiederholung oder der Absicht einer schweren Strafe unterliegt. Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Ministerpräsident Graf Bethlen brachte einen Gesetzentwurf ein, durch den die Anerkennung der Sprache nationaler Minderheiten in den Gerichten und Verwaltungsämtern gesichert wird. Im Motivenbericht wird angeführt, daß im gegenwärtigen Ungarn die Zahl der fremdsprachigen Bevölkerung sowohl absolut, als auch relativ gering ist. Bloß Deutsche und Slowaken wohnen in kompakteren Siedelungen, aber gleichfalls mit Anderssprachigen vermischt. Trotzdem gebe es einige Gemeinden und Städte, in welchen die nationale Minderheit 20 Prozent erreicht, also die untere Grenze, bei deren Erreichung der gegenwärtig in Entwicklung begriffenen internationalen Auffassung gemäß, dem Sprachgebrauch der Minderheiten ein entsprechender Raum gewahrt werden muß.

Die „Prager Presse“ überschreibt die Meldung „ungarische Augenaußwischerei“ und nennt den einschneidenden Satz der Verordnung einen „Hohn auf die bestehenden Zustände in dem Ungarn der Heijas, Bronyay, Gömbös und der sonstigen „Erwachenden Magyaren“. Die Charakteristik trifft ganz gewiß zu und ebenso der Zweck, welchen die „Prager Presse“ dem Erlaß der Vorherrscher unterlegt: es wird wohl schon so sein, daß die ungarischen Terroristen durch ihre Treue gegen den Vertrag von Trianon in einem Augenblick dokumentieren wollen, wo sie vom Völkerverbund eine Anleihe haben möchten. Aber darum darf man doch auch nicht das Unbehagen überhören, das aus dem Kommentar des Prager Offizios spricht. Der wohlbestallte Lobredner unserer heimischen „Demokratie“ kann es nicht ertragen, daß der verrufenste Zwangsstaat Europas, sei es auch nur in jesuitischer Absicht und mit dem festen Willen, sie nie durchzuführen, eine Verordnung herausgibt, die prinzipiell festlegt, welche Rechte eigentlich nach modernen Begriffen den Minderheiten eines Staates gebühren. Ungarn glaubt, auf dem Papier seine Zugeständnisse an die Minoritäten anbieten zu müssen, um vor dem Völkerverbund eine gute Figur zu machen. Und da fragt sich nun unser Prager Pressen-Demokrat bestimmt, welche Figur seine Auftraggeber, aus dem ungarischen Sittenpiegel betrachtet, eigentlich machen, und die Antwort fällt nicht zum besten aus. Es ist immer peinlich, wenn ein anderer, überdies noch Schlechtbeleumundeter, schlägt, was das Mindestmaß an Anstand ist, und wenn man selbst dahinter noch beträchtlich zurückbleibt.

Inventar einen Theoretiker angeschafft, der den Faschismus „wissenschaftlich“ zu begründen hat. Es ist dies der Herr Professor Pivonka. Wie seine „Wissenschaft“ beschaffen ist, geht unter anderem aus folgender Lokalnotiz des „28. Rijen“ hervor:

„Landkröte. Erst heute erfahre ich, daß ich vor einem Monat im Bismarck-Cesky Smér (ein nationalsozialistisches Blatt. Ann. d. Red.) wegen eines in „28. Rijen“ veröffentlichten Artikels angefaßt wurde. Jene nationalsoziale Lausbüberei ist ein anonymes und deshalb bequemeres Werk meines geehrten Schwagers, des naiven und leeren Zeitungsschreiberleins oder Strohdreschers und Bezirkssekretärs von Neugedein. Da der verrückt gewordene nationalsoziale Fanatiker und Blödsinn nicht für seine Handlungsweise verantwortlich gemacht werden kann, kann er mich nicht beleidigen; ich werde großzügig seine Angriffe übersehen. Ich mache ihn nur auf den strammen Offizier Jakob Schmied österreichischen Gedankens aufmerksam, der auch sein Tschachernum lenigete und seinen Eltern vom Militär deutsche Briefe schrieb. Wenn der Herr Sekretär meinen Ratsschlag befolgt, so verleihe er seinen mit Butter bedeckten Kopf und gebe in Hin- und Herbewegung den Leuten Ruhe. Professor Johann Pivonka.“

Offentlich werden sich dergartige Landkröten, die da Herr Pivonka in die Welt schiebt, in der faschistischen Presse nicht vermehren und die faschistische Landplage nicht noch vergrößern.

Wie kommende Kriege geführt werden. Während die Völkerverbände-Delegierten in Genf über Abrüstung schwachen, schreitet die Aufrüstung in allen Ländern fieberhaft fort. Nicht zuletzt ist dieses Aufrüsten verursacht durch die bedeutenden Fortschritte in der Flugzeugtechnik, die geradezu eine Revolutionierung des gesamten Rüstungswesens verursacht haben. So hat kürzlich die amerikanische Marine einen Probe-Fliegerüberfall auf Kriegsschiffe unternommen. Zuerst galt der Anfall einem Unterseeboot. Nach weniger als einer Viertelstunde lag diese modernste Wasserwaffe bereits zerstückelt auf dem Boden des atlantischen Ozeans. Die zweite, den Flugzeugen gestellte Aufgabe bestand in dem Ueberfall auf den alten deutschen Dreadnought „Alt Friesland“, der eine Wasserverdrängung von 13.000 Tonnen besitzt. Der amerikanische General Mitchell leitete den Anfall drahllos von einem Flugzeug aus. Erst wurden leichtere, hernach schwerere Bomben geworfen. Der Bericht hierüber sagt: „Die Wirkung der Tausend-Rilo-Bomben war devart entsetzlich, daß jeder Schuß auf allen Schiffen, welche dem Schauspiel in einem Umkreis von drei Meilen folgten, deutlich verspürt wurde. Nach der fünften Bombe begann das Schiff zu sinken und schlug um. 2½ Minuten nach dem Abwerfen der ersten Bombe verschwand das Schiff von der Wasseroberfläche, begleitet von dem Jauchzen aller Zuschauer.“ Was dieser Ausgang des Kampfes zwischen Kriegsschiffen und Luftfahrzeugen bedeutet? Er zeigt, wie schlecht all die Millionen und Milliarden angewendet sind, welche die Staaten für die bisherige Rüstungen angewendet haben und wie schlecht der Friede eines Landes durch eine noch so majestätische Flotte gesichert ist. Aber der spielende Sieg der neuesten Waffe über die geltrige bedeutet noch mehr. Stellen wir uns den Kampf auf das Land übertragen vor und wir werden der Gefahr dieser neuen Kriegstechnik rasch bewußt, denn wo bleibt, so müssen wir fragen, bei solcher Kriegstechnik noch eine Grenze des Krieges? Hören wir, was der bekannte holländische Flugzeugbauer A. S. C. Fokker kürzlich in einer in engerem Kreise gehaltenen Rede hierüber angeführt hat: „Die Mitwirkung des Flugzeuges an dem hinter uns liegenden Weltkrieg war“, so führte Fokker aus, „eine sehr bescheidene. Alles deutet aber darauf, daß seine Mitwirkung an dem nächsten Kriege eine wirklich gewaltige sein wird. Glaubt nicht, daß der Friede von morgen, welcher Nation er auch sei, einen Unterschied machen wird zwischen dem Geaner und der nichtkämpfenden Bevölkerung. Glaubt auch nicht, daß gegen die nichtkämpfende Bevölkerung nicht die wichtigsten und grausamsten Verteidigungsmitteln, wie Giftgas und dergleichen, aufgetreten werden wird, so sehr man auch in Friedenszeiten sich mit besten Absichten erfüllen und die schönsten Bestimmungen festlegen möge. Genau wie im jüngsten Kriege ganze Regimenter ins Feuer geschickt worden sind, werden in dem Kriege der Zukunft ganze Scharen von Flugzeugen „en bloc“ nach den fernsten, im Feindesland gelegenen großen Städten ziehen, um dort ihr Werk der Vernichtung, das bis dahin vollkommen sein wird, auszuführen. Offengehalten: ich habe die Ueberzeugung, daß die Massen keine blasse Ahnung davon haben, wie der kommende Krieg geführt werden wird.“ Fokker bestätigt damit in jeder Hinsicht das grausame Bild, welches Fimmen in seiner Rede im Haag von dem kommenden Krieg entworfen hat und welches er in den Satz zusammenfaßte: „Kommende Kriege werden die im Weltkrieg erlebten Grausamkeiten und Schrecken weit hinter sich lassen. Sie werden nicht mehr Kriege unter bewaffneten Heeren sein, sondern in das Nordfeld wird auch die gesamte Zivilbevölkerung einbezogen werden.“

Die rumänische Schreckensherrschaft in Bessarabien. Wie die Blätter aus Bessarabien melden, hat das Bukarester Militärkommando, das noch heute uneingeschränkt in Bessarabien herrscht, angeordnet, daß die Anbringung von Plakaten in russischer Sprache verboten wird. Die russische Bevölkerung Bessarabiens hat unter dem Terror des kommandierenden rumänischen Generals unsäglich zu leiden. Raub und Mord sind an der Tagesordnung. Das Militärkommando hat allen russischen Studenten in Bessarabien, die gezwungen sind, rumänische Schulen zu besuchen, untersagt, ihre Studien im Auslande zu vollenden oder überhaupt aufzunehmen. Die Industrie Bessarabiens steht vor dem Zusammenbruch, da ihr die rumänische Regierung hunderte Millionen schuldet, aber nichts zahlen will. Der ganze rumänische Terror geschieht — nach wohlbestimmtem Vorbild — unter der Flagge der „Nationalisierung“.

Die Schule einer deutschen Erzbergsgemeinde vor dem Verscholl. Unter Aufsicht Bruderblatt berichtet über die Schulverhältnisse in Rollendorf, einer armen Gemeinde im Erzgebirge: Die Gemeinde Rollendorf, soll ihr altes, unzureichendes, seit 30 Jahren verfallenes Schulgebäude: entsprechend umbauen oder neu errichten. Die Gemeinde hat jedoch kein Geld, bekommt auch kein Darlehen, denn die Steuergrundlage beträgt nur 2000 Kronen. Die deutsche Schule muß also gänzlich verfallen! Deutsche Kinder sind ohne Unterricht oder müssen im strengen Winter stundenlang bis zur nächsten Schule gehen. Nun hat sich ein „Schulbaukomitee“ gebildet, das sich an alle edlen Menschenfreunde, Vereine und Gemeinden um Spenden für den Schulbau in Rollendorf wendet. Wann die deutschen Kinder von Rollendorf ihre Schule bekommen werden, kann allerdings niemand sagen; nur daß dieselbe schon vor Jahren umgebaut werden sollte, ist gewiß. Weniger sicher ist, ob die 200. oder 300.000 Kronen in den nächsten Jahren durch Sammlung aufgebracht

werden. Nollendorf wird bis dahin keine Schule haben...

Der Kampf gegen die Valutaspekulanten. Aus Warschau wird unter dem 22. Juni gemeldet...

Brag-London und zurück in einem Tage. Anfang Juli wird zwischen London und Prag ein Flugdienst eröffnet werden...

Verhaftung eines der Mörder von Eichwald. Donnerstag abends wurde im Brüxer Bezirksstrafgefängnis der nach Leipzig zuständige 27-jährige Chausseur Otto Frauendorf verhaftet...

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Wie aus Benfen gemeldet wird, wurde am Dienstag in der Krügerwaldung bei Algersdorf der mit Baumfällen beschäftigte 27-jährige Holzarbeiter Klum von einem stürzenden Baumstamm erschlagen...

Der noch immer blühende Schmuggel. Dieser Tage wurden in Pirkenhamer von der Großlitzer Finanzwache umfangreiche Schmuggelwaren aufgedeckt...

Die Stiefmutter ermordet. In einem Dorfe bei Gaha in Mähren hat der Schlosserlehrling Jozabel, der im 16. Lebensjahre steht, in der Nacht auf Montag seine Stiefmutter durch Hammerhiebe auf den Kopf getötet...

Die Sühne eines Ueberfalles. Vor dem Dresdener Schwurgerichte hatten sich dieser Tage der 27-jährige Schlosser Müller und der 27-jährige Oskar Walter wegen gemeinschaftlichen Raubes zu verantworten...

Schreckensstat einer Eifersüchtigen. In Raabersdorf bei Mähr.-Schönberg versetzte die Briefträgergattin Gertrude Schinzel während eines Besuches der 17-jährigen Witwe Marie Karger, die im selben Hause wohnt, mit einer Holzhacke einen Hieb auf den Kopf...

Im Alter von 101 Jahren gestorben. In einer Gemeinde bei Wallachisch-Rezerich in Mähren starb dieser Tage ein ehemaliger Dienstrat der dortigen Gutsbesitzerfamilie im Alter von 101 Jahren...

Zusammenstoß zweier Elektrischen. Gestern früh stieß beim Nationaltheater in Prag ein Motorwagen der 25. Linie, der auf dem nassen Geseise nicht zum Stehen gebracht werden konnte...

Der Ausbruch des Aetna vor dem Stillstande?

Die italienische Regierung lehnt ausländische Hilfe ab.

Rom, 21. Juni. Aus Catania wird gemeldet: Ein zeitweiliger Stillstand der Ausbrüche ist wahrscheinlich...

Die „Agenzia Stefani“ meldet, daß die Regierung die Hilfe und Geldangebote des Auslandes zwar mit Dankbarkeit anerkennt...

Catania, 22. Juni. (Savas.) Die Einwohner von Linguaglossa beginnen in ihre Häuser zurückzukehren...

Kleine Chronik.

Das größte Sägewerk der Welt — verbrannt.

Stockholm, 22. Juni. Das größte Sägewerk der Welt, Käfte in der Nähe von Gefse, ist heute nachmittags durch ein Großfeuer vernichtet worden...

Ein künstlicher Blitz von zwei Millionen Volt. Die stärkste elektrische Kraft, die jemals von Menschenhand hervorgebracht worden ist, eine Kraft von zwei Millionen Volt, wurde kürzlich in den Laboratorien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft von Pittsfield in Amerika erzeugt...

Ein Volkswirt, der das Geld verachtet. Am 5. Juni waren zweihundert Jahre vergangen seit dem Tode, an dem Adam Smith, Englands berühmtester Nationalökonom, dessen klassische „Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Reichtums der Nationen“ eine bis auf die Neuzeit hinein wirkende volkswirtschaftliche Theorie begründete...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Sozialversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Einkommensteuer.

Sitzung der Zentralgewerkschaftskommission.

Im Klublokal der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten tagte gestern die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes...

Sehr scharf wendete sich die Kommission gegen die willkürliche Kürzung der Arbeitslosenunterstützung, für die jeder gesetzliche Grund fehlt...

Nach einem Berichte über den Entwurf des Dienststeuergesetzes beschloß die Kommission, durch ein Gutachten die Erhöhung des Steuerminimums zu verlangen...

Dann wurde über eine Reihe von Organisationsangelegenheiten berichtet, unter anderem über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Vorstandskonferenz...

Die Selbständigenversicherung.

Freitag vormittags fand unter dem Vorsitz des Ministers für soziale Fürsorge die konstituierende Sitzung des Ausschusses zur Ausarbeitung der Vorlage eines Gesetzes über die Versicherung der Selbständigen statt...

und Sachleuten. Für unsere Partei wurden zu dieser Sitzung die Gen. Abg. Sackenbergs und Leibl geladen.

Minister Sackman erklärte einleitend, daß der erste Teil der Sozialversicherung, nämlich die Regelung der Arbeiterversicherung in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses eingebracht werden wird...

Senator Dr. Soraček erklärt sich mit den Vorschlägen des Ministers einverstanden. Direktor Schnitzler fordert Aufklärung, ob sich die Versicherung nur auf die zwei Gruppen Landwirtschaft und Gewerbe erstrecken soll...

Gen. Sackenberg erklärt sich zwar mit der Einsetzung eines engeren Ausschusses einverstanden, warnt jedoch davor, daß man es bei der Ausarbeitung der Vorlage wieder so mache, wie bei der Sozialversicherung, wo nach Feststellung des Programms und der Grundzüge, an welche man sich bei der Ausarbeitung der Vorlage gar nicht gehalten hat...

Abg. Sedláček verlangt, daß der Ausschuss womöglich alle 14 Tage einberufen werde.

Abg. Dr. Winter ist dafür, daß das Komitee möglichst erweitert werde, damit „Eifersüchtigkeiten“ und Vorwürfe vermieden werden...

In diesem Sinne erklärt der Minister die Beratungen über den formalen Vorgang für erledigt, worauf Abg. Dr. Winter zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt wurde...

Die Genossenschaft der Gast- und Kaffeehausinhaber in Brünn will keinen Kollektivvertrag. Wie wir bereits mitteilten, kündigte die Genossenschaft der Gast- und Kaffeehausinhaber in Brünn den Kollektivvertrag...

Auffassung wurde von einigen Genossenschaftsmittgliedern bestritten, indessen von den „Dolmetschern“, welche einen Auszug aus dem Protokoll der Ausschüßerversammlung der Genossenschaft veröffentlichten, als richtig bestätigt. Da heißt es unter anderem: „Zum Beschluß der Generalversammlung über den Kollektivvertrag wurde vom Ausschüß neuerlich beschloffen, den Kollektivvertrag weder zu verlängern, noch über einen neuen zu verhandeln.“ Die Herren wollen also freie Hände haben, damit sie wenigstens versuchen können, die gattigewerbliche Gehilfenarbeit zu machen. Wieder soll die gute alte Zeit zurückkehren, da dem Gehilfen bei der Aufnahme gesagt wurde: „Also, ich nehme sie auf, das und das ist ihre Pflicht, bei mir haben sie nobile Plätze und werden schön verdienen.“ Welchen Lohn sie für die Arbeit zahlen wollen, sprachen diese Herren nie! Darin waren sie aber immer solidarisch: sie zahlten nämlich überhaupt nichts! Um dennoch das Vertragsverhältnis zu regeln, wird der Gehilfenauschüß den Arbeitgebern Anfragen übermitteln, um eine Ueberfahrt zu gewinnen, welche Arbeitgeber für den Abschluß eines Vertrages sind. Wir werden Gelegenheit haben, uns jene Arbeitgeber zu besuchen, die dem Gebote ihrer Scharfmacher folgend, den Vertrag verschmähen. Wenn Kampf, dann Kampf mit Folgen!

Auch Holland gegen die Tschechoslowakei. Nachdem uns Belgien aus lauter „Freundschaft“ den Zollkrieg erklärt hat, will auch Holland einen ähnlichen Schritt tun. Bei der Debatte über das landwirtschaftliche Budget in der holländischen Kammer bestritten sich einzelne Redner über das geringe Kontingent der landwirtschaftlichen Produkte, die zur Einfuhr in die Tschechoslowakei zugelassen werden. Auch die Handelskammer von Tilburg, eine der bedeutendsten holländischen Handelskammern, hat der Regierung einen Protest gegen den beabsichtigten Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei überreicht, der sich nach der Ansicht dieser Kammer mit den Interessen des holländischen Handels nicht deckt. Auch in der Abgeordnetenkammer wurde verlangt, daß die Regierung den Handelsvertrag nicht ratifiziere und ähnliche Maßnahmen wie Belgien gegen die Tschechoslowakei unternimmt.

Bodenreformauschüß. Die angekündigte Sitzung, welche vom Verbands der deutschen Selbstverwaltungskörper verschoben werden mußte, findet am 26. d. M. im Parlamentsgebäude statt.

Vertrauensmännerwahlen in der Tabakregie. In der Zentraldirektion der Tabakregie fanden gestern die Wahlen in das Zentralvertrauensmännerkollegium statt. In der ersten und in der zweiten Sektion lag bloß eine Kandidatenliste vor. In der dritten Sektion (Arbeiter der Tabakfabriken) lagen drei Kandidatenlisten auf. Die erste Kandidatenliste der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten erhielt 38 Stimmen oder zwei Mandate, die tschechischen Sozialisten erhielten 19 Stimmen beziehungsweise ein Mandat. Es trafen Wahlresultate aus 19 Fabriken und von der Zentraldirektion der Tabakregie ein. Es fehlten die Ergebnisse in der zweiten Sektion aus Kaschau und in der dritten Sektion aus Munkacs.

Der große Landarbeiterstreik in Schlesien. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes hat am 18. Juni 1923 wegen der notwendigen weiteren Durchführung des schlesischen Streiks die Bundeshilfe beantragt. Es stehen in Schlesien weit über 90.000 Landarbeiter nun schon in der vierten Woche im Streik, ohne bisher Streikunterstützung erhalten zu haben, weil der Verband allein den Streik nicht finanzieren kann. Es ist den Streikenden in den letzten Versammlungen versprochen worden, daß von nun ab an besonders bedürftige Familien Unterstützung

gezahlt wird. Damit erklärten sich die Streikenden einverstanden und werden den Kampf wie bisher geschlossen weiterführen, bis die Löhne der Geldentwertung angepaßt werden. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat, da er logungsgemäß allein nicht darüber entscheiden kann, ob die Bundeshilfe den Landarbeitern zu gewähren ist, sondern die Entscheidung allen Verbandsvorständen obliegt, den Antrag des Landarbeiterverbandes den Verbandsvorständen befürwortend unterbreitet. Er glaubt, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die schlesischen Landarbeiter- und Arbeiterinnen so weit als möglich unterstützen werden. — Wir der Unterstützung der Landarbeiter durch die Gewerkschaften wird die Kampffront der Streikenden eine neue wesentliche Stärkung erfahren. Die von den Agrariern erwartete Niederlage der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterchaft dürfte also noch lange auf sich warten lassen.

Die Glasarbeiter-Internationale. Das Exekutivkomitee der internationalen Glasarbeiterorganisation tagte zuletzt in Nürnberg. Hierbei wurden folgende Forderungen für die internationale Arbeiterschutzeschließung bezüglich der Glasindustrie aufgestellt: Mindestalter 14 Jahre, in der Glasraffinerie 15 Jahre; Verbot der Frauenarbeit in der Glasraffinerie; Bezahlung von Ueberstunden sowie Sonn- und Feiertagsarbeit mit 100 Prozent Zuschlag. Die Gründung einer internationalen Arbeitslosen-Unterstützungskasse wurde vorläufig abgelehnt. Der nächste internationale Kongreß soll 1924 in Prag stattfinden. Nach Ausführungen des belgischen und deutschen Vertreters wurde gegen die Ruhrbesetzung protestiert. Auf dem letzten Kongreß des französischen Glasarbeiterverbandes wurden die unhaltbaren Zustände in bezug auf das Nichteinhalten der bestehenden Arbeiterschutzeschließungen vonseiten der Unternehmer besprochen. Kinder unter 12 Jahren sind in den französischen Glasbetrieben keine Seltenheit; die bestehende Vorschrift, wonach die Arbeit am Feuer nicht unter 15 Jahren und das Wasen nicht unter 18 Jahren gestattet werden soll, wird nie befolgt. Die Washingtoner Beschlüsse betreffend das Verbot der Nachtarbeit der Kinder sind bisher nicht ratifiziert worden. Auch die Gewerbeaufsichtsbeamten, denen die Kontrolle des Arbeiterschutzes obliegt, haben sich vollständig machtlos erwiesen. Der Kongreß beschloß, gegen diese Zustände zu protestieren, nötigenfalls das Streikmittel anzuwenden, oder die Sperre über die betreffenden Betriebe zu verhängen.

Devisenkurse.

Prager Kurse am 22. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1298 00	1302 00
10.000 Mark	2.29 00	2.79 00
100 belg. Francs	176.25 00	177.75 00
100 schweiz. Francs . . .	588.75 00	591.25 00
1 Pfund Sterling	133.12 50	134.62 50
100 Lire	150.75 00	152.25 00
1 Dollar	33.25 00	33.50 00
100 irana. Francs	206.25 00	207.75 00
100 Dinar	37.62 50	38.12 50
10.000 ungar. Kronen . . .	38.00 00	40.00 00
10.000 poln. Mark	3.65 00	4.15 00
10.000 österr. Kronen . . .	4.47 00	4.97 00

Züricher Schlussskurse am 22. Juni.

	Geld	Ware
Paris	34.47 50	34.55 00
London	25.69 50	25.71 00
Berlin	0.00.37 00	0.00.41 00
Wien	25.25 00	25.32 50
Holland	218.10	218 50
Bien	0.00.78 50	0.00.78 75
Budapest	0.06 00	0.06 50
Bras	16.68 75	16.70 00
New York	5.56 50	5.57 50
Wien	0.30 00	0.40 00
Warschau	0.00.45 00	0.00.55 00

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank 16.69 75
Berlin	Mark 4095.00
Wien	österr. Kr. 2130.00

Kunst und Wissen.

Zwei Gastspiele Mario Chamlee-New York. Mario Chamlee, der Nachfolger Carusos und jetziger Star tenor des Metropolitan Opera House in New York, wurde für ein zweimaliges Gastspiel im Neuen Deutschen Theater gewonnen. Herr Chamlee, der in Prag zum erstenmal in Europa überhaupt auftritt, singt Montag, den 25. den Rudolf in Puccinis „Bohème“ und Mittwoch, den 27. den Alfred in Verdis „Traviata“.

Neues Theater. Heute Samstag „Hans Heiling“; morgen Sonntag „Orpheus in der Unterwelt“; Montag Gastspiel Mario Chamlee „Bohème“.

Kleine Bühne. Heute Samstag und morgen Sonntag nachmittags „Komteß Guderl“; Sonntag abends „Die gestohlene Stadt“ von E. E. Rich.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz, Westhüttl. Sonntag, den 1. Juli, 9 Uhr vormittags, in Stalas Gasthaus in Straßchen Bezirkskonferenz. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht vom Internationalen Kongreß in Hamburg (Referent Genosse Kögl er-Vodenbach), Gemeindevahlen und Allfälliges.

Bezirkskonferenz, Jägerndorf. Die am letzten Sonntag abgehaltene Bezirkskonferenz in Jägerndorf, an der 62 Personen in Vertretung von 36 Lokalorganisationen teilnahmen, beschäftigte sich vornehmlich mit den kommenden Gemeindevahlen. Nach einem Referat des Abg. Genossen Joll, an das sich eine lebhaft Debatte schloß, wurde der Beschluß gefaßt, in jeder Lokalorganisation sofort Sammlungen für den Gemeindevahlfonds einzuleiten. Weiter sollen durch die Bezirksleitung Distriktskonferenzen einberufen werden, die sich mit den Vorarbeiten für die Gemeindevahlen näher zu befassen haben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde hierauf die Konferenz beendet.

Bezirkskonferenz, Mosenberg. Die Bezirkskonferenz am Sonntag war von 36 Organisationen mit 78 Delegierten besetzt. Die Abgeordneten des Wahlkreises waren durch Abg. Genossen Leibl vertreten. Die Konferenz wurde vom Genossen Schöttel geleitet.

Warnung ! !

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger **KOH-I-NOOR** Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik Prag-Vrövic Nr. 448/V. Tel. 7899.

Am ersten Punkt der Tagesordnung referierte Sekretär Genosse Breitsfelder, der der Konferenz ein Gesamtbild über sämtliche Lokalorganisationen vor Augen führte und dann auf die Bedeutung der Arbeiterpresse einging. Er sprach weiter die Gemeindevahlen, die Arbeitslosigkeit im Bezirke und das Verhalten der bisherigen Gendarmerie gegenüber den Arbeitlosen bei den Notstandsarbeiten. Abgeordneter Genosse Leibl knüpfte an die Ausführungen des Genossen Breitsfelder an und behandelte eingehend die kommenden Gemeindevahlen, sowie die Pressefrage und zeigte all die Gefahren auf, die dem Proletariat in nächster Zeit drohen. Die Debatte sang darin aus, daß sich die Vertrauensmänner der Gefahren bewußt sind und ihre Organisationen noch besser ausbauen werden, als es schon der Fall ist. Zum zweiten Punkt sprach Genosse Richter, der in seinem einleitenden Referate den Bericht vom Hamburger Kongreß darlegte. Der Bericht wurde mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Nach Abwicklung des dritten Punktes: „Interne Parteiangelegenheiten“ schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Arbeitskonferenz, Grulich-Landskron. Sonntag, den 22. Juni um 9 Uhr vormittags im Gasthaus Freudel in Silbetta ordentliche Arbeitskonferenz. Die Tagesordnung wird noch bekanntgegeben werden.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Vierter wissenschaftlicher Spaziergang. Besichtigung der Radiostation auf dem Welfen. Sonntag, den 24. 11 Uhr vormittags. Treffpunkt vor dem Eingang. Karten: Urania-Kasse 3 K, Mitglieder 2 K. 1712

Briefkasten.

Ein Wanderer. Es kann sich bei dem angegebenen Führer nur um einen Führer durch die „Mährische Schweiz“ handeln. Diese liegt bei Planitz, nördlich von Brünn.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Die Tauerhaftigkeit Ihrer teuren Schuhe wird Sie überraschen, wenn Sie von Ihrem Schuhmacher die echten „Person“ Gummiabfälle anbringen lassen. „Person“ Gummiabfälle sind haltbarer und daher billiger als Leder, geben einen elastischen, ruhigen Gang, und sind heimeswegs ein Luxusartikel. „Person“ Gummiabfälle sind in allen einschlägigen Geschäften zu haben. 1693a

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Deutsche Zeitungs-Aktiengesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

Autobenzin, Autoöl sowie Fette usw. kaufen Sie am besten bei **Julius Beutel, Aussig.**

Gesunde Zähne durch **ELIDA Zahncrème**, **ELIDA Mundwasser**



Die Urkame.

12

Roman von Leonhard Frank.

Ich leide unter diesem entsetzlichen . . . Unglücksfall ungefähr so, wie ich als Kind gelitten habe unter den qualvollen Sonntagsspaziergängen mit der Familie.

„Wie denn! Einen Spaziergang kann man doch kaum mit einem Wort vergleichen.“ Der Vorsitzende blied erstaunt von einem Weisiger zum anderen.

Der Dichter erwiderte mit einem eigenfünftigen, verböhnten Gesichtsausdruck: „Man muß das miteinander vergleichen, nicht nur diese Spaziergänge . . . mein ganzes Leben. Es nipfelt ja in diesem Unglücksfall.“

Der Vorsitzende lehnte sich zurück. „Einen Unglücksfall nennen Sie Ihre Tat?“

„Man könnte ihn mit einem Veratutlich vergleichen, den ich zufällig einmal mit angehen habe.“ Der Dichter sprach langsam und schien die Worte erst vom Boden abzulesen. „Das Erdinnere hat eine notwendige Bewegung gemacht . . . gemacht, wie aus Schlaf erwachend, und vom niederstürzenden Gervill sind einige Menschen erschlagen worden . . . Bei mir verurlichte die Summe aller qualvollen Erlebnisse, von denen das eine zweiundzwanzig Jahre in mir geschlafen hat, einen plötzlichen, unabwehrbaren Hofhausbruch . . . und dabei ist der Lehrer umgekommen. Wie bei einem Erdbeben, das die Stadt einrichtet und die Bewohner begräbt.“

„Der Lehrer ist also nur verunlückt, nach Ihrer Ansicht? . . . mit der wir hier nichts anzufangen wissen . . .“

„Ja. Meine Hände wurden nur als Nordwerkzeuge gebraucht.“

„. . . nichts anzufangen wissen; denn erstens

sind Sie keine Erdkugel, Ihr Mord kein Beben . . . und zweitens überhaupt.“

„Für mich deut sich das vollkommen.“ Er sah den Vorsitzenden klar an und sagte laut: „Dehalb geht mich mein Mord, den ich vor mir selbst nie verantworten kann . . . diesem Gericht gegenüber nicht mehr an, als euch und jeden anderen Menschen.“

Der verblüffte Vorsitzende geriet in Unruhe, die sich auf die Geschworenen fortpflanzte und einer vagen Unsicherheit wich, hervorgerufen durch schnell und bestimmt gegebene Antworten des Dichters, der von seiner Ansicht nicht abzubringen war.

Der Staatsanwalt hatte scharf hingehorcht und nahm sich vor, diese Wendung des Angeklagten nicht aufkommen zu lassen. Er hatte eine hohe, reine Stirn und kluge Augen.

„Auf diese Weise können viele, scheinbar unbegreifliche, Verbrechen verstanden werden“, bemerkte der Dichter in sachlichem Tonfall.

Der Vorsitzende raffte sich auf und erinnerte, unter Assistenz des Staatsanwaltes, den Dichter daran, daß seine Mittellosigkeit dem Gericht bekannt sei und er wegen eines offensbaren Raubmordes hier stehe. „Ihre phantastischen Abschweifungen werden Ihnen also nichts nützen. Sie sind arm, der Lehrer ist tot . . . und das geraubte Geld fand man bei Ihnen . . . Stimmt das?“

Herzbellemmung zwang den Dichter, die Augen zu schließen.

Da schienen ihm Richter und Geschworene eine lange Reihe steil auf den Schwänzen sitzender Riesenraben zu sein. „Ich stehe der starr gefügten Macht des Geseges klein und rettungslos gegenüber.“ Und während er automatisch „Ja“ und „Nein“ und auch einige Male „Ich weiß nicht“ antwortete, dachte er: denen kann ich niemals erklären, wie es kam; denn sie erdrücken mich mit ihrer Logik, die nur an der Oberfläche des Ge-

schehens ihre Schlüsse findet . . . und dadurch recht behält.

„Sie geben also zu, daß Sie den Lehrer getötet haben, um Ihre Lage zu verbessern.“

„Aber, das gebe ich nicht zu.“

„Aber ja doch! Sie haben doch eben Ja gesagt.“

„Ich habe Ja gesagt? Ich dachte an etwas ganz anderes.“

„Sie müssen aber auf meine Fragen achten“, sagte der Vorsitzende ruhig. Gleichzeitig mit ihm hatte der Staatsanwalt etwas gerufen; und aus der Rekonstruktion der vorhergegangenen Fragen und Antworten mußte der Dichter erkennen, daß er tatsächlich Ja gesagt hatte.

„Gewiß hat er nicht Ja gesagt!“ rief der Verteidiger plötzlich. Und wurde zornig, weil alle ihm ansahen, daß er lag.

„Ich möchte feststellen haben, daß er nicht Ja gesagt hat.“

„Haben Sie Ja gesagt?“

„Ja“, antwortete der Dichter gezeit dem Vorsitzenden.

Der Staatsanwalt fragte: „Was verhinderte Sie, während der ersten Anwesenheit in der Heimaistadt Ihr Verhaben anzuführen?“

„Alles hoffnungslos. Sie gehen gar nicht auf mich ein.“ Langsam sagte er: „Es ist nicht Gleichgültigkeit, daß ich Ihnen darauf nicht antworte.“ Und empfand den Wunsch, überhaupt nicht mehr zu reden. Oder etwas herauszubrüllen.

Da sah er zum ersten Male das klare Auge eines Geschworenen, das interessiert und klug auf ihn gerichtet blieb. Die andere Augenhöhle war leer. Des Dichters Bekenntnung wich sofort. Das ist das wahrhaftige Auge, dachte er. Die Hoffnung auf Rettung zog mächtig in ihn ein.

Er wandte sich an den Einäugigen, in dessen schmalen Gesichtszügen der Geist viele Falten gezeichnet hatte, sprach heiß und dringend: „Verstehen Sie mich — erst nachdem ich schon da war, bei meiner Mutter im Zimmer war, erinnerte ich mich an das Schulerlebnis. Ganz plötzlich. Es hat also volle zweiundzwanzig Jahre lang . . . heimlich in mir gesteckt und mich, wie ich jetzt ganz bestimmt weiß, aus seinem dunklen Versteck heraus gezwungen, in die Heimaistadt zu fahren.“

Mit einem einfachen Lächeln: „Daran können Sie ja doch genau erkennen, daß ich mir nicht jagte: jetzt fahre ich heim, bringe den Lehrer um und nehme ihm sein Geld . . . Denn Sie verstehen? In Berlin wußte ich ja gar nicht, weshalb ich eigentlich zum Bahnhof lief und in den Zug stieg . . . Zeigen mußte!“

„Nur zur Aufklärung!“ Der Vorsitzende sprach geschäftsmäßig. „Wollen Sie damit sagen, daß dieses Erlebnis, das, nehmen wir einmal probeweise an, Sie gezwungen hat, zu reisen, Sie auch veranlaßte, den Lehrer umzubringen?“

„Nein“, sagte der Dichter fest. Und der Vorsitzende: „Gut.“

„Denn ein demütigendes oder sonst qualvolles Jugenderlebnis kann nicht mehr so gefährlich sein, nachdem man sich daran erinnert hat. Zuerst war ich sehr erregt, sehr erregt. Dann wurde ich nur recht traurig und wollte mich mit dem Lehrer ausöhnen. Er sollte sich ein bißchen entschuldigen bei mir, und alles wäre gut gewesen.“

„Und brachten Sie ihn um, weil er das nicht tat?“

(Fortsetzung folgt.)